Änderungsblatt

Drucksachen-Nr.:	V/1173
Änderungsblatt-Nr.:	
Einreicher:	Oberbürgermeister

öffentlich

nicht öffentlich

Gegenstand:

Sicherung des Stadtverkehrs in Neubrandenburg durch die NVB GmbH

Änderung:

Die Beschlusspunkte 1 bis 7 werden komplett gestrichen und durch folgende Beschlusspunkte ersetzt:

1. Die Stadtvertretung der Stadt Neubrandenburg bekennt sich dazu, dass auch zukünftig die Verkehrsleistungen im sonstigen ÖPNV (Stadtverkehr Neubrandenburg) durch das bisher betraute Unternehmen, die Neubrandenburger Verkehrsbetriebe GmbH (NVB), erfolgen sollen.
2. In Abänderung des Beschlusses zur Betrauung der NVB mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen zur Durchführung des ÖPNV in der Stadt Neubrandenburg vom 13.08.08 (Drucksache IV/990), der eine Betrauungslaufzeit bis einschließlich zum 31.12.17 vorsieht, soll die NVB bereits mit Wirkung ab dem 01.11.16 mit der Erbringung der öffentlichen Personenbeförderungsdienste mit Bussen im Stadtgebiet (Stadtbusverkehr) erneut betraut werden. Diese erneute Betrauung ist unter die aufschiebende Bedingung zu stellen, dass die Stadt Neubrandenburg bis zum vorgesehenen Vertragsbeginn am 01.11.16 vom nach § 3 Absatz 5 ÖPNVG M-V originär zuständigen Landkreis Mecklenburgische Seenplatte den diesbezüglichen Status der „zuständigen Behörde“ übertragen bekommt oder auf andere Weise zuständig i. S. d. § 3 Abs. 5 ÖPNVG M-V wird.

Die Betrauung ist durch die Stadt Neubrandenburg gemäß den Vorgaben der Verordnung (im Folgenden VO) (EG) Nr. 1370/2007 in der Rechtsform eines förmlichen Verwaltungsakts gegenüber der NVB umzusetzen.

Der öffentliche Dienstleistungsauftrag der Stadt Neubrandenburg sollte - soweit rechtlich zulässig - möglichst direkt, d. h. ohne Durchführung eines wettbewerblichen Vergabeverfahrens, an die NVB erteilt werden. Es sollte dabei eine Betrauungszeit von 10 Jahren mit Wirkung ab dem 01.11.16 in Anlehnung an die Genehmigungslaufzeiten der durch den Aufgabenträger neu zu beantragenden personenbeförderungsrechtlichen Genehmigungen gelten.

3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die Verhandlungen betreffend die Durchführung des „sonstigen ÖPNV“ i. S. d. § 3 Abs. 3 ÖPNVG M-V im Stadtgebiet der Stadt Neubrandenburg für den Zeitraum ab dem 01.01.17 mit dem Landkreis zu führen. Die Ergebnisse sind der Stadtvertretung frühzeitig, möglichst bis zum 31.07.14 vorzulegen. Die Stadtvertretung fasst auf ihrer Sitzung am 18.09.14 einen Beschluss zur Weiterführung des Vertrages mit dem Landkreis.

Für das Verfahren hinsichtlich der Betrauung der NVB gelten die nachfolgenden Beschlüsse.

4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den für den Zeitraum ab dem 01.01.17 nach § 3 Abs. 3 ÖPNVG M-V derzeit zuständigen Aufgabenträger dazu anzuhalten, die für die Erteilung des öffentlichen Dienstleistungsauftrags an die NVB erforderliche Vorabkennzeichnung gemäß den

Vorgaben in Art. 7 Abs. 2 VO (EG) Nr. 1370/2007 und in § 8a Abs. 2 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) sowie entsprechend den inhaltlichen Vorgaben in Nr. 2 der vorliegenden Beschlussvorlage im Amtsblatt der Europäischen Union zu veröffentlichen.

5. Der Oberbürgermeister wird ferner beauftragt, den öffentlichen Dienstleistungsauftrag gegenüber der NVB entsprechend den inhaltlichen Vorgaben in Nr. 2 des vorliegenden Beschlusses unter Berücksichtigung der dort genannten aufschiebenden Bedingung vorzubereiten und unter Beachtung der gesetzlichen Vorlaufzeiten für die Antragstellung im personenbeförderungsrechtlichen Genehmigungsverfahren form- und fristgerecht der Stadtvertretung als Beschlussvorschlag vorzulegen.
6. Der öffentliche Dienstleistungsauftrag darf nicht vor der Erteilung einer positiven verbindlichen Auskunft seitens der Finanzbehörden gegenüber der NVB wirksam werden. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, etwa erforderliche Änderungen aufgrund der Abstimmung mit den Finanzbehörden in den öffentlichen Dienstleistungsauftrag vor dessen Wirksamwerden einzuarbeiten.

Begründung:

Es wird auf die Begründung der Ausgangsvorlage der Fraktionen der CDU, DIE LINKE und SPD-B'90/GRÜNE Bezug genommen.

Diese Begründung verkennt jedoch, dass grundsätzlich der Landkreis für den „sonstigen ÖPNV“ nach § 3 Abs. 3 ÖPNVG M-V zuständig ist. Hierbei handelt es sich um eine pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe des eigenen Wirkungskreises des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte (LT DS 5/2585, Seite 61; LT DS 2/463, Seiten 10, 14). Der ÖPNV ist dabei so zu gestalten, dass er sich in sozial- und ordnungspolitischer Verantwortung an den Mobilitätsbedürfnissen der Bevölkerung ausrichtet (§ 2 Abs. 1 ÖPNVG M-V). Es ist eine bedarfsgerechte Versorgung auch in dünn besiedelten Räumen zu gewährleisten (§ 2 Abs. 2 ÖPNVG M-V). Es wird dort mithin zumindest eine Grundversorgung geschuldet (ausdrücklich: LT DS 2/463, Seite 12). Eine bedarfsgerechte Anbindung der Wohngebiete an die Arbeitsstätten, an Schulen, an öffentliche, soziale und kulturelle Einrichtungen und Erholungsgebiete mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist anzustreben (§ 2 Abs. 3 ÖPNVG M-V). Dabei sollen in größeren Zentren die Belange des ÖPNV bei der Planung der Verkehrsinfrastruktur vorrangige Berücksichtigung finden (§ 2 Abs. 5 ÖPNVG M-V). Auf die spezifischen Bedürfnisse von mobilitätseingeschränkten und alten Menschen sowie von Frauen und Kindern ist besondere Rücksicht zu nehmen (§ 2 Abs. 6 ÖPNVG M-V). Dies gilt nicht nur für den Regionalverkehr, sondern auch für den Stadtverkehr (§ 1 Abs. 2 ÖPNVG M-V).

Diese obig dargestellte Aufgabe sowie die Befugnis, gemeinwirtschaftliche Verkehrsleistungen zu bestellen, hat der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte auf die Stadt Neubrandenburg durch ÖPNV Vertrag vom 02.09.11 für das Stadtgebiet auf die Stadt übertragen. In der Regelung des § 7 Abs. 4 des Vermögensauseinandersetzungsvertrages gem. § 12 LNOG zwischen Stadt und Landkreis ist festgelegt, dass der ÖPNV Vertrag vom 02.09.11 am 31.12.16 endet. Zu diesem Zeitpunkt endet auch die Befugnis der Stadt Neubrandenburg, gemeinwirtschaftliche Verkehrsleistungen zu beauftragen. Nach dem 31.12.16 ist die Stadt Neubrandenburg – entsprechend dem derzeitigen Sachstand – rechtlich nicht in der Lage, eine wirksame Betrauung der NVB GmbH mit gemeinwirtschaftlichen Verkehrsleistungen vorzunehmen.

Es ist vielmehr zunächst eine Einigung mit dem Landkreis erforderlich, in welcher Konstruktion und mit welchen – insbesondere finanziellen – Modalitäten die Aufgabenerledigung ab dem 01.01.17 erfolgen soll. Dabei wird zu berücksichtigen sein, dass die Erledigung des „sonstigen ÖPNV“ im Stadtgebiet der Stadt Neubrandenburg in dem obig beschriebenen Umfang eine Pflichtaufgabe des Landkreises ist, während die Erledigung des „sonstiger ÖPNV“ im Stadtgebiet für die Stadt eine freiwillige Aufgabe darstellt, die nach § 2 Abs. 1 KV M-V lediglich „im Rahmen der eigenen Leistungsfähigkeit“ erledigt werden kann. Da die Leistungsfähigkeit sowohl der Stadt Neubrandenburg als auch des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte angespannt ist, wird es daher auf die Aushandlung gerechter und zielorientierter Modalitäten ankommen. Die Stadt Neubrandenburg ist sehr bemüht, gemeinsam mit dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte den vertraglichen Status quo über den 31.12.16 festzuschreiben.

Da die Stadt derzeit nicht die Kompetenz innehat, die NVB GmbH wirksam für die Zeit ab dem 01.01.17 mit der Erbringung gemeinwirtschaftlicher Verkehrsleistungen zu betrauen, ist in Beschlusspunkt Nr. 2 die Aufnahme der aufschiebenden Bedingung erforderlich, dass die vorzunehmenden Betrauung unter der Bedingung steht, dass die Stadt Neubrandenburg die Kompetenz für eine solche Betrauung von dem Landkreis noch übertragen bekommt. Für die Zeitspanne bis zum 31.12.16 ist dies in dem bestehenden ÖPNV Vertrag vom 02.09.11 geregelt.

Die Frage, ob eine Betrauung der NVB GmbH im Wege der Direktvergabe nach Art. 5 Abs. 2 VO (EG) 1370/2007 rechtlich zulässig ist, ist derzeit noch nicht abschließend geklärt. Seitens der Stadtverwaltung wird davon ausgegangen, dass eine Direktvergabe möglich sein dürfte. Das Innenministerium des Landes Mecklenburg Vorpommern ist zu der Frage der Zulässigkeit einer europarechtlichen Direktvergabe angeschrieben worden. Eine Antwort steht noch aus, sodass in Beschlusspunkt Nr. 2 die Aufnahme der Bedingung der rechtlichen Zulässigkeit einer Direktvergabe erforderlich ist.

Im Übrigen enthalten die Beschlusspunkte Nr. 1 bis Nr. 3 lediglich notwendige redaktionelle Änderungen im Vergleich zu den Ursprungsanträgen.

In Beschlusspunkt Nr. 4 war ebenfalls zu berücksichtigen, dass die Stadt Neubrandenburg jedenfalls für die Zeit ab dem 01.01.17 keinerlei Kompetenzen innehat, ein Vergabeverfahren zu betreiben. Der zuständige Kompetenzträger ist insoweit nach derzeitigem Sachstand gem. § 3 Abs. 3 ÖPNVG M-V der Landkreis. Da nur die „zuständige Behörde“ verfahrensberechtigt ist, ist der Beschlusspunkt Nr. 4 an diese Gegebenheiten anzupassen.

Weil die Stadt Neubrandenburg nach derzeitigem Sachstand für die Einleitung eines (Direkt-)Vergabeverfahrens von gemeinwirtschaftlichen Verkehrsleistungen für den Zeitraum ab dem 01.01.17 nicht zuständig ist, kann der Oberbürgermeister auch nicht dafür Sorge tragen, dass die notwendigen Verfahrensschritte form- und fristgerecht eingeleitet werden. Dieser Beschlusspunkt ist daher ersatzlos zu streichen. Der Oberbürgermeister kann lediglich die zuständige Behörde auf die Einhaltung des notwendigen Verfahrens hinweisen. Dies ist in Beschlusspunkt Nr. 4 geregelt.

Der Beschlusspunkt Nr. 6 enthält schließlich lediglich eine klarstellende Ergänzung, die sich denotwendig bereits aus dem Beschlusspunkt Nr. 2 ergibt.

Schließlich wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Begründung der Ausgangsvorlage insoweit sachlich falsch ist, als dort dargestellt wird, dass die NVB GmbH – für den Fall, dass es nicht zu einer Einigung mit dem Landkreis kommt – zu liquidieren wäre. Sollte eine Einigung mit dem Landkreis nicht möglich sein, wäre die Vermögensauseinandersetzung nach § 12 LNOG M-V betreffend die NVB GmbH nachzuholen. Dies ergibt sich einerseits aus § 12 Abs. 1 LNOG M-V selbst. Andererseits ist dies ausdrücklich sowohl in § 4 Nr. 6 ÖPNV Vertrag als auch in § 7 Abs. 4 des Vermögensauseinandersetzungsvertrages nach § 12 LNOG so geregelt. Die NVB GmbH wäre somit gegen angemessenen Wertausgleich auf den Landkreis Mecklenburgische Seenplatte zu übertragen.

Neubrandenburg, 15.05.14

Dr. Paul Krüger
Oberbürgermeister